

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Im Kapitel „8.2 Arbeit“ des Grundsatzprogramms soll ganz am Ende folgendes ergänzt werden:

"Für Menschen, die aktuell auf Bürgergeld angewiesen sind, soll gelten: Solange das Bürgergeld so bemessen wird, dass es das Existenzminimum sichern soll, mit bürokratischen Hürden verbunden ist und in der Realität oft kaum zum Leben reicht, wäre es angesichts steigender Lebenshaltungskosten und Inflation menschenunwürdig, es weiter zu kürzen. Daher sollten Bürgergeldempfänger:innen die Leistungen auch nicht gekürzt werden, wenn sie z. B. Jobangebote ablehnen. Als deutlich menschenwürdigere und bezahlbare Alternative favorisieren wir das bedingungslose Grundeinkommen."

Begründung:

Zu diesem Thema wurde die Tierschutzpartei schon oft befragt. Eine offizielle Position dazu fehlte aber bislang.

Unterschriften:



Paula López Vicente
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender



Robert Gabel
Bundesvorsitzender